

## Jahreshauptversammlung der SPD Wolfach

Am 20.11.2015 fand im Gasthaus Kreuz die JHV des SPD OV Wolfach statt, an welcher auch der Ehrenbürger der Stadt Wolfach und SPD-Urgestein Otto Schrempp mit Gattin Luise teilnahm. Beide wurden in der Versammlung besonders herzlich begrüßt.

Die Versammlung gedachte dem verstorbenen Mitglied Tilo Stiegler und zog in dieses Gedenken Helmut Schmidt ebenso mit ein wie die Opfer des Anschlages von Paris.

Manfred Maurer berichtete über die Arbeit im Ortsverein und zusammen mit Bruno Heil über die Arbeit im Gemeinderat. Die Kommunalpolitik ist nach wie vor der Schwerpunkt der politischen Arbeit in Wolfach.

So wurden verschiedene kommunalpolitische Themen thematisiert.

Bruno Heil berichtete ausführlich über die Sanierung zwischen Hauptstraße und Kinzig, einschließlich des alten Bahnhofs.

Weitere Themen waren die Renaturierung der Kinzig – mit dem Ergebnis, dass die Zusagen durch das Regierungspräsidium eingehalten und der Hochwasserschutz für Wolfach deutlich verbessert wurden.

Die zusammen mit Hausach eingerichtete Gemeinschaftsschule konnte zum Start 78 Anmeldungen verbuchen – rund das Doppelte von dem was man erhofft und erwartet hatte. An der Gemeinschaftsschule findet an drei Nachmittagen Unterricht statt, und zwar von Dienstag bis Donnerstag, welcher aber immer um 15.30 h endet. Dies zeigt, dass die Panikmache einiger Skeptiker, die Kinder hätten keine Freizeit mehr und das Vereinsleben würde leiden -wie schon immer vorausgesagt - völlig unbegründet ist. Die hohen Anmeldezahlen belegen, dass die neue Schulform auch bei uns gefragt ist.

Das Thema Windkraft wurde ebenfalls besprochen. Hier forderten die Stadträte der SPD vor allem Transparenz. Maurer legte dar, dass die Verwaltungsgemeinschaft Wolfach/Oberwolfach es selbst in der Hand hat Gebiete auszuweisen, in welchen Windkraftanlagen gebaut werden können.

Maurer erläuterte, dass nach der aktuellen Gesetzeslage (Bund) Windkraftanlagen in den Außenbereichen privilegiert und somit auch genehmigungsfähig sind, sofern die gesetzlichen Vorschriften (z. Bsp. Abstände zu Wohnbebauung) eingehalten werden. Es ist deshalb der einzig richtige Weg, dass die Kommunen entsprechende Gebiete ausweisen – nur so hat man die Möglichkeit zu bestimmen wo Anlagen gebaut werden und wo nicht.

Selbstverständlich war auch das Thema „Flüchtlinge“ auf der Tagesordnung. Hierzu wird es am Sonntag, 13.12.2015 einen Themenstammtisch „Flüchtlinge“ mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Johannes Fechner, SPD Landtagskandidat Karl Rainer Kopf und weiteren Teilnehmern geben. Hierzu ergeht noch eine gesonderte Einladung.

Bei den Wahlen blieb fast alles beim Alten:

Vorsitzender:	Manfred Maurer
Stellv. Vorsitzender:	Bruno Heil
Kassierer:	Patrick Haas
Schriftführerin:	Monika Winkelmann
Beisitzer/innen:	Hans-Joachim Haller, Andreas Herzog, Annette Maurer, Patric Schmitt, Birol Usuk
Kassenprüfer:	Heinz Birkmann und Dieter Jehle
Kreisdelegierte:	Heinz Birkmann und Marianne Lang
Ersatzdelegierte:	Monika Winkelmann und Patric Schmitt

In seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender der Gemeinderatsfraktion bedankte sich Maurer bei den weiteren Mitgliedern der SPD-Gemeinderatsfraktion, Bruno Heil, Hans-Joachim Haller, Marianne Lang, Stefan Decker.

Er betonte, dass die SPD-Fraktion auf Augenhöhe mit der CDU und den FW steht und anerkannt gute Arbeit leistet.

### **Landtagswahl 2016:**

Selbstverständlich war auch die bevorstehende Landtagswahl Thema des Abends!

Die SPD hat in der Regierung mehr als gute Arbeit geleistet und man hofft, dass es diesmal für den Kandidaten im Wahlkreis, Karl Rainer Kopf zum Einzug in den Landtag reicht, zumal 2011 gerade mal 340 Stimmen im Wahlkreis dazu gefehlt hatten.

Nach dem Wechsel 2011 hat sich in BW viel bewegt:

- Unserem Land geht es besser als je zuvor
- Niedrigste Arbeitslosigkeit
- Niedrigste Jugendarbeitslosigkeit
- Deutlich weniger Schulabbrecher
- Höchste Beschäftigung
- Kein Finanzminister hat es vor Nils Schmid geschafft dreimal eine schwarze Null zu schreiben – trotz der hohen Investitionen
- Exportland Nr. 1 in der BRD
- Deutliche Erhöhung der Wohnraumförderung durch das Land
- Zusätzliche Mittel für die Hochschulen im Land (1,7 Milliarden bis 2020)
- Abschaffung der Studiengebühren
- Schaffung von viel mehr Ganztagschulen
- Förderung der Inklusion
- Einführung der Gemeinschaftsschulen
- Bildungsreform – nicht nur Worte und Aussitzen. Auch unangenehme aber notwendige Maßnahmen wie die Festsetzung von Mindestklassengrößen, denn auch die Finanzierbarkeit muss gewährleistet werden
- Einführung des Tariftreuegesetzes
- Einführung von Bildungszeit
- Die Zahl der Lehrereinstellung erhöht
- Stellen für Krankheitsvertretung bei Lehrern: erhöht
- Wiedereinführung der Förderung der Schulsozialarbeiterstellen (jetzt auch in Wolfach)
- Polizeireform (längst überfällig) wobei die Polizeireviere und Posten von dieser ausgenommen war, d.h., genau dort wo die „Bürgerpolizei“ arbeitet wurde keine einzige Stelle gestrichen.
- Steuersünder werden in BW nicht mehr gedeckt sondern verfolgt.
- In BW wurde die Zahl der Erstaufnahmeplätze für Flüchtlinge von 900 auf 30.000 erhöht.
- BW ist das einzige Bundesland außer Bayern in welchem die Kommunen praktisch die gesamten Kosten für die Flüchtlinge erstattet bekommen. Im Oktober haben sich die Landesregierung und kommunalen Landesverbände geeinigt. Es erfolgt eine Spitzabrechnung für Unterbringung, Verpflegung und medizinische Versorgung aufgrund der Rechnungsergebnisse der Landkreise.
- Für 2015 werden 220 Millionen und für 2016 1,765 Milliarden€ für die Flüchtlingspolitik bereitgestellt.

- Knapp 1200 Lehrerstellen für Sprachunterricht werden zusätzlich in 2015/2016 bereitgestellt für die Unterrichtung von Flüchtlingen.

Und die Landesregierung stellt auch klar (Schreiben von Claus Schmiedel vom 18.1.2016) an die Fraktionsvorsitzenden der Kreis- und Gemeinderatsfraktionen:

*„Angesichts der anhaltend hohen Zugangszahlen von Flüchtlingen in BW wird die grün-rote Landesregierung verstärkt dafür sorgen, dass Flüchtlinge mit keiner Bleibeperspektive wieder zügig in ihre Heimat zurückkehren. Dabei räumen wir einer freiwillige Ausreise in das Herkunftsland den Vorrang ein. Auch für das genannte Rückkehrmanagement werden im 2. Nachtragshaushalt 2015/2016 die Voraussetzungen geschaffen.“* (heißt: es gibt finanzielle Unterstützung/Anreize)